

**Aktuelle Stunde am 08.09.2010:**

**Teuer, bürokratisch, diskriminierend - statt Bildungschipkarten und leerer  
Beschwörungsformeln: arme Kinder besser fördern**

- Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2798

**Uwe Schwarz (SPD):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kinderarmut ist vor allem immer auch Ausdruck von Familienarmut. Und was macht in dieser Situation die gegenwärtige Bundesregierung mit Zustimmung und Unterstützung dieser Landesregierung? - Sie bekämpft Mindestlöhne, sie verstärkt den Niedriglohnsektor, sie lässt Leiharbeit ausufern, und sie streicht nun auch noch Hartz-IV-Empfängern das Erziehungsgeld, womit arbeitslosen Alleinerziehenden ein Drittel ihres Einkommens genommen wird. Meine Damen und Herren, für diese Menschen ist die Aussage „Kein Kind soll verloren gehen“ blanker Hohn, und sie fördert darüber hinaus Politikverdrossenheit.

Das gilt übrigens gleichermaßen für die Feststellung der Sozialministerin in der vergangenen Woche, dass die Armutsquote in Niedersachsen von 14,7 % auf 14,6 % gesunken ist, verbunden mit der Aussage: Aber noch immer sind Kinder von Armut betroffen.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt zwar eine neue Ministerin, aber leider werden die alten Satzbausteine bei dieser Problematik genommen. Frau Özkan, wir reden in Niedersachsen von 200 000 in Armut lebenden Kindern. Dann finde ich solche verniedlichenden Formulierungen wirklich nur noch zynisch gegenüber den Betroffenen.

Frau Ross-Luttmann hat uns als Instrument der Armutsbekämpfung noch das 100-Millionen-Euro-Programm „Familie mit Zukunft“ verkauft. Vor wenigen Tagen konnten wir lesen, dass bei den Betreuungsplätzen der unter Dreijährigen Niedersachsen nach wie vor auf dem vorletzten Platz steht. Da stellt sich schon die Frage: Was haben Sie eigentlich mit den 100 Millionen Euro gemacht? Wann fangen Sie bei dieser Landesregierung an, frühkindliche Bildung endlich ernst zu nehmen?

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat bekanntlich im Februar dieses Jahres festgestellt, dass die Regelsätze kein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten, Kinderregelsätze willkürlich festgesetzt und kinderspezifische Bedarfe nicht berücksichtigt wurden. Bis zum 31. Dezember dieses Jahres muss das korrigiert sein.

Nach unserer Auffassung sollte für Kinder endlich eine bedarfsgerechte Grundsicherung geschaffen werden. Das wäre eine relativ ehrliche Veranstaltung.

Frau von der Leyen hingegen hat bis heute kein Konzept zur Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vorgelegt

(Zuruf von der CDU: Angekündigt!)

- „angekündigt“ ist toll; wir sind drei Monate vor Ablauf der Frist; sie hat bis heute nichts vorgelegt, meine Damen und Herren -, geschweige denn die Bedarfe für Kinder definiert.

Stattdessen wirft sie Nebelkerzen und hat mit vielen medialen Showeffekten ein gigantisches Ablenkungsmanöver gestartet. Das Zauberwort ist „Bildungs-“ bzw. „Chipkarte“. Mal ungeachtet dessen, dass der Bund für Bildung gar nicht zuständig ist, will Frau von der Leyen Sachleistungen statt Geldleistungen finanzieren. Ich sage ausdrücklich: Da wären wir bei ihr. Wir wissen, dass Bildung der Schlüssel zur Armutsbekämpfung ist. Deshalb würde es viel Sinn machen, das vorhandene Geld in Investitionen und zur Verbesserung der Infrastruktur im Kindergartenbereich und bei Schulen einzusetzen. Dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir allerdings keine Chipkarte, die Kinder selektiert, stigmatisiert, einen unnötigen Verwaltungsaufwand produziert und gleichzeitig den Missbrauch noch fördert. Was wir brauchen, sind kostenfreie Kulturangebote, z. B. für Museen, flächendeckende Ganztagschulen mit individueller Förderung, kostenloses warmes Mittagessen und Lernmittelfreiheit, und zwar für alle Kinder, meine Damen und Herren, ohne jede Chipkarte.

Ich finde, Frau Özkan, für diesen Ansatz und eine gerechte Lastenverteilung zwischen Bund und Land sollten Sie werben, anstatt Niedersachsen als überflüssiges Modellland bei diesen Versuchen anzubieten. Das stünde dieser Landesregierung auch gut zu Gesicht. Es ist eine der Landesregierungen, die mit Abschaffung der Lernmittelfreiheit die Situation von Kindern noch dramatisch verschärft hat.

Ich will Ihnen sagen: Vor allem brauchen wir Regierungen, die nicht nur über Kinderschicksale reden, sondern endlich handeln. Vorbilder gibt es genug. Man braucht nur nach Skandinavien oder Südeuropa zu sehen. Ich finde, es ist an der Zeit, endlich Ernst zu machen mit Kinderschutz und Kinderförderung. Dazu gehört auch eine Bildung, die auf Chancengerechtigkeit ausgerichtet ist, und nicht das Lamentieren bei Sonntagsreden. Das, was Frau von der Leyen macht, ist in diesem Sinne absolut unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)